

Bezugsgebühr:

Stückpreis 2 Pf. 50 Pf. : durch
bei Post 3 Pf.

Die **„Dresdener Nachrichten“** erscheinen
täglich Morgens: die Heftchen in
Zusammenhang mit dem Inhalt der
Zustimmung durch eigene Hände
oder Kassenkassier erfolgt, erhalten
den **„Post“** an Wochentagen, die
nicht an Sonn- oder Feiertage fallen,
in zwei Heften abends mit
Kassenkassier.

Die **„Dresdener Nachrichten“** werden
auf: keine Verhältnisse.

Verantwortlicher:
Herr Dr. H. H. H. H. H. H.

Telegraphische Adressen:
Nachrichten Dresden.

Dresdener Nachrichten

Lobeck & Co.
Holländische Br. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Telegraphische Adressen:
Nachrichten, Dresden.

Simon's Annen-Hof
Dresden
Vorzügliches
Mittelstands-Hotel
für Geschäfts- und
Vergnügungs-Reisende,
Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant.
Nur echte Biere.

Alle **technischen Waaren** aus **Gummi Guttapercha Asbest** fertigt **E. Böhme, Dresden, Ferdinandstr. No. 18.**

Fabrik-Niederlage der „Wanderer“-Fahrräder
Sidonienstrasse No. 7, Ecke Pragerstr.
Reparatur-Werkstatt für Fahrräder aller Systeme.

Arminia Milit.-Dienstkost.-Versicherung.
München
Gen.-Agentur: Joh. Georgen-Allee 33, im eigenen Hause.

L. Weidig, Waisenhausstrasse No. 34. Neuheiten Pariser, sowie eigener Modellhüte

Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin und Paris. Sonnabend, 24. November 1900.

Zur China-Debatte.
Die weitere Ausdehnung des Reichstags über die chinesische Angelegenheit hat nach der glatten Erledigung der Indemnitätsfrage durch das Untergangkommen der Regierung einen ziemlich matten Verlauf genommen, der auch nicht entfernt dem Verlaufe entspricht, das sich der „Vorwärts“ in behäuflicher Vorrede an parlamentarischen Stand und revolutionärer Stoffschere folgendermaßen angekündigt hatte: „Die Regierung auf der Anklagebank“, die „bürgerlichen“ Parteien als „unzulängliche“ Zeugen und die „radikale Linke“ als „Gerichtshof“, bei dem der „Singer“ mit „Bebel“ und „Nichter“ abwechselnd zugleich als „Botschafter“ die Anklage formulieren und als oberste Richter das Urteil sprechen.“ Diese annähernde Konstellation hat sich durch den geschickten Schachzug des Grafen v. Helldorf in Sachen der Indemnität ganz erheblich verändert, so daß für das aufreizende agitatorische Bedürfnis der Sozialdemokratie so gut wie nichts mehr übrig geblieben ist. Welches die Spitze abgebrochen wurde aber der radikalen Opposition durch den nachstehenden Verzicht des Reichskanzlers gegenüber dem Abgeordneten Richter: das minutenslange homöopathische Geschwätz, das daraufhin durch das Haus dröhnte, legte alle noch so gelungenen Richter-Idyllen wie Spreu vor dem Winde vor sich her und liess gleichzeitig schon vornehmen die Wolke der kritischen Saat, als deren bestaunungswürdiger Schmittler sich die übrigen Gemissten im radikalen Bunde zu bemerken gedachten. Welche Veränderungen insbesondere im sozialdemokratischen Lager über diese unerwartete Wendung der Dinge herrscht, beweist u. a. der kleine, aber psychologisch ungemein bezeichnende Zug, daß das Berliner Centralorgan des Unsturmes sich hochheißend dem eigentlichen Grundrhythmus des Bismarck'schen Triumphes über Herrn Richter im Anschluss nimmt. Der „Vorwärts“ meint nämlich, dass dieser gesagt, stellt sich mit typischer Miene so, als ob er meine, der Reichskanzler habe nichts weiter gethan als den vor einigen Tagen ihm von der Redaktion des sozialdemokratischen Blattes gegebenen Rath, er solle den Abgeordneten Richter daran erinnern, daß dieser sich im Sommer in der „Frei-Bl.“ gegen die Enttarnung des Reichstags erklärt habe, befragt (!) und „diesen Liebling“, wie mit gemüthlicher Herablassung hingefügt wird, „mit großer Eleganz“ erwidert.“

b. Wangenheim am Schlusse seiner sehr eindrucksvollen Rede an die Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten in dem Sinne einer sorgfältigen Befragung der europäischen Aufgaben Deutschlands richtete: „Ich besenne ganz offen, daß die Sorge bei dem ganzen China-Unternehmen darin ginge: Was es unsere Regierung verheissen, sich in den Schranken zu halten, welche wir nothgedrungen verlangen müssen? Die Mehrheit des deutschen Volkes ist jeder Weltmachtspolitik in dem jetzt gebrauchten Sinne nach meiner Meinung abhold abgeneigt.“ (Hört, hört! links.) Wir wollen eine weisse Kolonialpolitik — wir haben das bei der jüngsten Vorlesung schon ausgesprochen — beibehalten, aber durch die Forderung, die wir schon mit Rücksicht auf die heimischen Verhältnisse im Deutschen Reich erheben müssen: Unsere Macht nicht im deutschen Vaterlande, und wir wollen die Füsse auf dem deutschen Boden behalten, und ich meine, der Herrgott hat uns mit Rücksicht in die Klemme gelehrt, nicht zwei und nicht sehr feindliche Nationen, weil er unser Volk in seiner Trägheit gelandet hat, um dafür zu sorgen, daß wir von Franzosen und Russen etwas in Lebhaftigkeit erhalten werden. Nach meiner Meinung ist die beste und größte Aufgabe eines Reichskanzlers, nicht Wehrer zu sein, ein auswärtiger Unterthan, sondern ein innerer Festigkeit des Reiches.“ So gar Herr Richter sah sich genöthigt fortzusetzen: „Handel und Wandel seien in Deutschland zur Zeit in einer rückläufigen Konjunktur begriffen.“ Darum sei zu beachten, daß die Zukunft Deutschlands „in Wahrheit nicht an dem Wasser“, sondern „im Lande selbst“ liege; dort seien „große und schwierige Aufgaben“ zu lösen. Welche von diesen Aufgaben aber könnte wohl dringlicher sein, als die von der schätzbarsten Mehrheit des Reichstags erstrebte wirksame Schärfe der nationalen Arbeit, durch den allein die rückläufige Konjunktur wieder einen Schwung nach oben bekommen kann?

doß am Montag und Dienstag bei Culebra (Columbia) heftige Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen stattgefunden hätten. Die Regierungstruppen hätten schwere Verluste erlitten. Eine andere Truppe der Aufständischen soll jetzt mit Regierungstruppen in der Nähe von Panama in einem Kampf bemerkt sein. In Colon und Panama ist das Geschäftleben gänzlich unterbrochen, in beiden Städten herrscht Panik.
Berlin (Telef. Reichstag). Die Vernehmung des Staats für China wird fortgesetzt. Abg. Haffke (nat. lib.) schließt sich Namens seiner Freunde der Vernehmung Haffke's gegen die Graf v. Helldorf'sche Auffassung von der Indemnität an. Grundsätzlich die Heberer'sche Auffassung, mit welcher die weit überwiegende Mehrheit des Reichstags die Ziele unserer Politik gebilligt habe. Die China-Politik sei nur ein Teil unserer Welt-Politik und eine Welt-Politik sei nur möglich auf dem Boden einer gebundenen Heimathatspolitik. Die Grundgedanken unserer Welt-Politik würden noch heute ein kümmerliches Dasein in den Gelehrtenstuben haben, wenn für nicht einen gewaltigen Brocken hätten in dem Deutschen Reich. Dieser habe die Initiative zu einer Welt-Politik Deutschlands ergriffen und dafür gebühre ihm Dank. Leider hätten die deutschen Interessen in Transvaal im Laufe der neuen Vorgänge dabeil nicht den ausreichenden Schutz seitens unseres dortigen Kommands und auch nicht seitens des Auswärtigen Amtes gefunden. Bei den Ausdehnungen Deutschlands in Südamerika durch die Engländer sei namentlich auch auf ihre Eigentumsinteressen auf seine Rücksicht genommen worden. Richter erklärt schließlich im Interesse unserer gesamten Kolonialpolitik die Schaffung einer unabhängigen Kolonialarmee für geboten. Er bemerkt schon jetzt, daß er sich gegebenen Falls mit entsprechenden Forderungen einbringen zu lassen gedenke. Staatssekretär v. Rühlhoffen: Das Auswärtige Amt hat gelegentlich der Transvaal-Angelegenheiten wohl keine Rücksicht gethan, ebenso die Konjunktur in ihren Thätigkeitsbereichen. Allerdings stehen wir nicht auf der vorterritorientalen Auffassung des Abg. Haffke, daß ohne Weiteres sämtliche Ausdehnungen ungewollt seien. Wir müssen schon im Interesse einer etwaigen künftigen Reichsarmee unterscheiden, ob für eine Ausdehnung Gründe vorliegen oder nicht. Wo eine Ausdehnung ohne ausreichende Gründe erfolgte oder mit unzulänglicher Hilfe, da sind wir für den Betroffenen mit Nachdruck in London eingetreten und haben Entschädigungsforderungen gestellt. Ueber den Modus der Rettung der Entschädigungen, zu denen sich die großbritannische Regierung auch sofort grundsätzlich bereit erklärt hat, sprechen noch die Verhandlungen. Die schwer die Festhaltung der Entschädigungsmoralität ist, dafür ein Beispiel: Ein Ausgewandener forderte 10,000 Mark; bei seiner Vernehmung in Leipzig gab er zu, daß er nur 300 Mark und die Reisekosten zu fordern habe. (Beifall.) Abg. Schrader (nat. lib.) bemerkt, zunächst die Mission in China, die dort in sehr schwieriger Lage sei, gegen die sozialdemokratischen Angriffe in Schutz. Herr v. Wangenheim, der sich über Unterstellungen in der Umgebung des Kaisers beunruhigt, wisse wohl nicht, daß die Comarca eine alte chronische Krankheit sei. Möge der Herr v. Wangenheim mit seinen konservativen Freunden seinen Einfluss dahin geltend machen, daß sie selber an ihrem Teil diesem Comarcakraus ein Ende machen. — Abg. Bebel (Soz.): Der Reichstag hätte sich, als ihm von dem geplanten Vergehen in China Mittheilung gemacht wurde, dem kaiserlichen Verlangen nach, der in der Ausgabe von Geldern für vom Reichstage noch nicht genehmigte Zwecke liege, unbedingt widertreten müssen. Die Verhältnisse in China würden von einem ganz einseitigen Standpunkte aus betrachtet, woegen er Verwahrung einlege. Er erwähne daran, wie zu den Zeiten des Landsturms von 1870 in öffentlichen Anleihen die schnellsten Mittel als die richtigen, weil am schnellsten zum Ziele führenden, bezeichnet wurden. Ebenso handelten jetzt die Boyer. (Lachen rechts.) Die Schuld an den Wirren in China solle europäischen Missethäuern, Heberern u. s. w. zur Last. Richter verlangt eine bindige Erklärung des Reichskanzlers, ob das Wort „Paradon wird nicht gegeben“ den Soldaten als Parole bekannt gegeben worden sei oder nicht. Ein ihm vorgelesen zu Gesicht gekommenes Soldatenbrief stelle folgende Abschlachtungen der Beiber und Kinder sei. Das entspreche ja natürlich nicht dem Willen des Kaisers, aber man sehe, wohin eine fanatische Menge sich reizen lasse, wenn sie einmal eine solche Parole erhalte. Der Kaiser soll in Wilhelmshafen nicht als Kaiser, sondern als Soldat getrocknet haben. Rein, als Kaiser hat er sonst in Bremenhan wie in Wilhelmshafen getrocknet. Bezüglich der Missionare das gegenwärtig ein charakteristisches Wort gesprochen, indem er sagte: „Was sollten denn die Missionare machen ohne die Missionare machen?“ Das heißt doch eben nur, daß man die Missionare als politische Agenten benutzte. Die Stellung des Centrums zu dieser ganzen Frage und die realen Erklärungen des Reichskanzlers beweisen, daß es sich hier wieder um ein politisches Handelsgeschäft zwischen Centrum und Regierung handle. Der Reichskanzler weiß, was er am Centrum hat und das Centrum weiß, was es am Reichskanzler hat. (Beifall.) Bischof Anger hat, das ist unabweisbar, das chinesische Volk durch Verletzung seiner religiösen Empfindungen auf das Schmerzlich provoziert. Neben Sie doch nicht von christlicher Toleranz, am allerwenigsten hier in Berlin mit seiner Evidenz und Würde. Sie sind ja in den Punkten Chinesisch als die Chinesen selbst. (Beifall.) Richter sucht dann die Ermüdung des Erzbischofs von Paris durch die Kommunisten im Jahre 1871 damit zu rechtfertigen, daß die Erziehung der Geieler lediglich Zweckmäßigkeit gemein sei für die ununterbrochene Erziehung mehrerer Gesangener seitens der Verfallter. Präsident Graf v. Helldorf bemerkt, daß Richter sich eingehend über die Geschichte der Kommune verbreitet: Jetzt können wir wohl die Kommune verlassen. Große Heiterkeit.) Weiter polemisiert Richter gegen die Nationalliberalen. Die Arbeiter, welche Nationalliberalen gewählt hätten, hätten die Hölle zu Gärtneru gelehrt. (Beifall.) Wenn das, schließt Richter, mit der von v. Wangenheim erwähnten Comarca so weiter geht, so untergräbt das die föderale und monarchische Autorität und ist nur Wasser auf unsere Mühle. (Beifall links.) — Reichskanzler Graf v. Helldorf: Der Reichstag nannte unsere Politik gegen China eine harte und grausame. Dieser Vorwurf ist unangebracht. Ich berufe mich auf einen mir vorliegenden Brief eines Chinesen, und zwar des hiesigen chinesischen Gesandten. Dieser, als ein sehr unterrichteter Mann, ist doch wohl noch kompetenter als Herr Bebel, denn er ist ja ein geborener Chinese. (Stürmische Heiterkeit.) Dieser Brief, den der Kaiser verliest, erkennt die guten Beziehungen zwischen Deutschland und China gerade nach Abschluss des Peking-Vertrages und daß

Neueste Drahtmeldungen vom 23. November.

(Eingemittelt nicht als Privat-Nachricht getragene Nachrichten sind unter dem Namen des Reichstags verlesen.)

Der Krieg in China.

Berlin. Generalstabschef Graf Waldersee meldet aus Peking: Das Detachement Nihilisten betrug am 20. d. M. unter Vorzeichen nach kurzen Gefecht aus Luksichan. Die Boyer verloren 50 Tote und 8 Gefangene. Eine Eskadron der Kolonne Fort (Kittweiler Räder) griff die Nachhut der von Shienhwa auf Hsioanlung zurückgehenden Truppen an und erzielte 8 Gefangene mit Geld, Munition und Ausrüstungsgegenständen. Die Chinesen hatten 30 Tote und scheinen unter den Generalen Majikan und Hochental in Auflösung nach der Provinz Schanxi zu fliehen.

London. Nach einer Meldung der „Times“ aus Peking vom 20. d. M. sind die Gerichten dahin überein gekommen, daß die öffentliche Unaufrichtigkeit, die die Chinesen dadurch bewiesen, daß sie im Ausland tendenziöse Nachrichten verbreiteten, in der gemeinsamen Note, deren Uebersetzung sich in Folge der auseinander gehenden Interessen der europäischen Mächte bezog, hat, Erwähnung finden soll.

Berlin. Meuter's Bureau meldet aus Washington: Der Staatssekretär Day richtete an die Mächte eine gleichlautende Note, in der er die Ziele darlegt, welche die Unionisten bezüglich Chinas verfolgen, und auseinanderlegt, wie diese Ziele, welche allen Mächten gemeinsam, am besten sich erreichen lassen würden.

Paris. Deputirtenkammer. In der Nachmittags-Sitzung interpellirt Bigne über das Drama von Kinder. Richter erinnert daran, daß er in einem Buche die schweren Anlagen gegen gewisse Missionare und Beamte im Sudan erhoben und vergeblich erwartet habe, wegen des Buches angeklagt zu werden. Er schilbert sodann die von der Kolonne Soulet-Chanoine begangenen Gräueltaten. Oberst Klobb sei ausgehört worden, um die Kolonne an der Fortführung der Bemühungen und Missethäuern zu verhindern. Richter verlangt, daß an den Verbrechen von Verbrechen Justiz geübt werde, und tricht dann über den Sklavenhandel im Sudan, sowie über Grausamkeiten, die in Madagaskar begangen wurden.

Paris. Deputirtenkammer. Tages erklärt die Ausföhrungen Bigne's für übertrieben und wirft der Regierung übertriebes Handeln gegen Soulet und Chanoine auf eine bloße Demagogie des Leutnants Reteau vor. Der frühere Kolonialminister Guillaud rechtfertigt die Entsendung des Oberst Klobb unter lautem Beifall. Hierauf wird die Sitzung aufgehoben.

Paris. Meldung der Agence Havas. Die Königin von Holland richtete heute an den Präsidenten Krüger folgenden Telegramm: Haag, 23. November. Herr Paul Krüger, Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Es ist mir angenehm gewesen, Ew. Excellenz' Reinen Kreuzer „Gelderland“ anzubieten, und ich bin glücklich, zu erfahren, daß Sie die Reise bei guter Gesundheit zurückgelegt haben. Wilhelmiana.

Dion. Präsident Krüger traf Nachmittags 5 Uhr 15 Min. hier ein. Schon auf verschiedenen Stationen, die der Eisenbahnstation passirte, so in Avignon, Tarascon, Valence und besonders in Lyon wurden dem Präsidenten stürmische Ovationen dargebracht. Verschiedene Daires begrüßten den Präsidenten in Aufbrachen, man überreichte ihm Adressen, Blumen u. s. Auch der Empfang in Dion gestaltete sich zu enthusiastischen Kundgebungen für Krüger. Auf die Begrüßungsansprachen der Kaiser's anwortete Krüger mit Dankesworten für den ihm in Frankreich beehrten Empfang und sprach die Ueberrung aus, daß seine Sache, da sie eine gerechte, doch triumphieren werde. Der Präsident begab sich sodann nach seinem Hotel. Auf dem Wege dorthin erneuerten sich die Kundgebungen des Publicums.

Olen. (Telegramm der Schweizerisch. Depeschen-Agentur.) Der Verwaltungsrath der Centralbahn ratificirte einstimmig den Vertrag mit dem Bunde über den heilighändigen Rückkauf der Centralbahn. Die Generalversammlung der Aktionäre findet am 10. Dezember statt.

London. Die Bank von England fordert zur Zeichnung an Schatzkammer-Obligationen im Betrage von 3 Millionen Pfund Sterling auf. Der Zinssatz beträgt 3 Prozent. Rückzahlbar sind die Obligationen im Jahre 1905 zum Fortliche.

Remport. (Kaiser-Meldung.) Ein aus Colon in Kingston (Jamaica) eingetroffener Dampfer bringt die Meldung,

Friedrich & Glockner, Dresden-Lobtau
Königliche Hofbuchdruckerei
Rathhausgasse 17
Telephon 1111
Kassenscheine, Wechsel, Anzeigen, etc.